Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 ₰, Rekl.-Z. 80 ₰ mit Anf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 95. | Dienstag den 24. April 1928. | 86. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 23. April. Der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Rönneburg, der sich besonders in Fragen der ländlichen Siedlung einen Namen gemacht hat und der kommissarisch mit der Leitung des Landratsamtes in Franzburg betraut war, ist nunmehr mit 16 gegen 1 Stimme in Franzburg zum Landrat gewählt worden. Gegen Rönneburg stimmte ein Kommunist, für ihn stimmten die Sozialdemokraten und die Volksparteiler, sowie die deutschnationalen Bauernvertreter; die übrigen deutschnationalen Vertreter enthielten sich der Stimme.

Berlin, 22. April. Der Präsident des Reichsbürgerrats v. Loebell veröffentlicht einen Wahlaufruf, der sich in allen wesentlichen Punkten mit dem kurz zuvor veröffentlichten der Deutschnationalen deckt, den er sich ganz unverkennbar zum Muster genommen hat. Auch er zielt auf die Stärkung der Exekutivgewalt des Reichspräsidenten, auf die Beschränkung der Zuständigkeit des Reichstags und auf eine berufsständische Volksvertretung.

Keine Streikmehrheit in der württ. Metallindustrie.

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Stuttgart vom 26. März hatte in der Konferenz der Gewerkschaftsvertreter aus dem Lande eine Ablehnung erfahren. Begründet wurde die Ablehnung mit der mangelnden Klarheit über die noch stattzufindenden Verhandlungen zur Schaffung bezirklicher Mindestlöhne, die in der württ. Metallindustrie seit 1924 fehlen und mit der unzureichenden Lohnerhöhung im Schiedsspruch. Bei den am 3. April stattgefundenen weiteren Verhandlungen erklärten die Vertreter des Verbands Württ. Metallindustrieller in keine Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen mit Mindestlöhnen eintreten zu können, ehe nicht die Frage der Lohnerhöhung als solche geregelt sei. Die Metallindustriellen erklärten sich bereit, den Schiedsspruch vom 26. März dahin noch zu verbessern, daß für Hilfsarbeiter über 22 Jahre eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. statt 4 Pfg., wie im Schiedsspruch vorgesehen, eintreten soll. Die Verhandlungen über die Mindestlöhne sollen bis zum 8. Mai abgeschlossen sein. Ueber strittige Fragen steht beiden Parteien die Anrufung des Schlichtungsausschusses frei. Ueber den Schiedsspruch fand nun innerhalb der Arbeiterschaft der württembergischen Metallindustrie eine Abstimmung statt. Der Schiedsspruch selbst wurde mit einer einfachen Majorität in den Betrieben abgelehnt, die nach den Satzungen erforderliche Mehrheit jedoch nicht erreicht. Damit gilt der verbesserte Schiedsspruch über die Lohnerhöhung als angenommen. Inwieweit der Friede in der württ. Metallindustrie aufrecht erhalten bleibt, hängt von den nun weiter stattzufindenden Verhandlungen zur Schaffung von Lohnabkommen mit bezirklichen Mindestlöhnen ab.

Angriffe gegen die Reichswehr.

Berlin, 23. April. Der „Montagmorgen" setzt seinen gehässigen Kampf gegen die Reichswehr fort. Heute behauptet er, zwischen der Leitung des Heereswaffenamts und der Leitung der Abteilung 4 beim Reichsverband der deutschen Industrie hätte eine Vereinbarung folgenden Inhalts bestanden: Die Firmen, die an die Reichswehr Waffen und Munition liefern, setzen in ihre Rechnungen Beträge ein, die — jeweils nach vorheriger Vereinbarung — den Wert der gelieferten Materialien um 40 bis 60 Prozent übersteigen. Nach Begleichung der Rechnung werden die fingierten Beträge von den Firmen an eine bestimmte Kasse überwiesen, die zur Verfügung der diversen „schwarzen" Stellen im Reichswehrministerium steht. Daß in einer geschäftlichen Mitteilung von den „schwarzen" Stellen im Reichswehrministerium gesprochen worden sein könnte, wird man wohl von vornherein als Unsinn bezeichnen dürfen.

Ausland.

Englands Stellung zu den Friedenspakt-Noten.

London, 23. April. Die französische Note über den amerikanischen Friedensvorschlag steht heute im Mittelpunkt des politischen Interesses. Obwohl keine unmittelbare Verpflichtung vorliegt, zwischen dem Vertragsentwurf aus Washington und dem aus Paris zu wählen, wird sich doch die Notwendigkeit ergeben, sich entweder der amerikanischen oder der französischen Auffassung anzunähern. Um so interessanter ist es, daß England für den Augenblick fast einstimmig die französischen Vorbehalte ablehnt. In Regierungskreisen zeigt man sich bei aller Zurückhaltung überrascht über die Schärfe, mit der Frankreich seinen Standpunkt formuliert habe. Die großen Zeitungen betonen, daß die französische Note dem großen Gedanken des Friedenspaktes das Herz ausschneide und den Verzicht auf den Krieg praktisch unwirksam mache. Mit einiger Schärfe bemerkt die „Times", die französische Regierung habe sich ohne Biegsamkeit aus der Affäre gezogen, in die sie durch den amerikanischen Vorschlag verwickelt wurde. Das Blatt meint jedoch, man müsse sich freuen, wenn das Mißverständnis, das durch die Methoden des amerikanischen Vorgehens entstanden sei, verschwinde. Es wäre ein großes Unglück, wenn die Note Frankreichs als Gegenvorschlag zum amerikanischen Entwurf behandelt würde. Man müsse sie als Bemühung hinnehmen, an einer gemeinsamen Initiative teilzunehmen. Was jedoch den Inhalt der französischen Aeußerungen selbst angeht, so erklärt die „Times", daß weder der Völkerbund noch der Locarnovertrag als Vorbehalte in eine Friedensdeklaration aufgenommen zu werden brauchen. Die einzige Schwierigkeit liegt in den Militärbündnissen Frankreichs. Aber dieses Problem sei nicht unlösbar. Die allgemeine Sicherheit werde durch die Teilnahme der Großmächte an dem Pakt derart gesteigert werden, daß ernsthafte Angriffe kaum noch zu fürchten sind. Kurz, es bestehe nicht der geringste Grund, weshalb diejenigen Mächte, die sich durch keinerlei Bindungen zu eventuellen Kriegen verpflichtet fühlen, zu einem sehr nahen Zeitpunkt den Vereinigten Staaten nicht mitteilen sollten, daß sie bereit seien, die Verhandlungen über den Friedenspakt aufzunehmen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 23. April. (Weiterer Briefkasten.) Am Gebäude des Stadtbahnhofs ist heute ein Briefkasten angebracht worden, der zu den für die übrigen Briefkasten festgesetzten Zeiten geleert wird.

Neuenbürg, 23. April. Der Einladung des Bund der Sparer (Volksrechtpartei) Bezirk Neuenbürg auf Sonntag abend im „Bären", woselbst der Landesvorsitzende, Prof. Bauser-Nagold, über das Thema sprach „Warum brauchen wir die Volksrechtpartei?" war nicht übermäßig zahlreich Folge geleistet worden, immerhin kann der Besuch als ein guter bezeichnet werden. Prof. Bauser, welcher an Stelle des verhinderten Vorstandes den Vorsitz führte, sprach Worte des Willkomms an die Erschienenen und besonders an den Hauptredner. Was führt uns denn immer wieder und auch heute zusammen? Wir sind eine Trauerversammlung. Es ist das sog. Aufwertungsgesetz, das von Dr. Luther und seinem bösen Geist, dem Großkapital und seinen Aufsichtsräten, im Anschluß an den Inflationsraub gegebene Gesetz mit seinem Kapital- und Zinsenraub, das Gesetz der deutschen Schuldenlosigkeit und seinen Folgen, der für uns tödlichen Dawesforderungen. Wegen dieser Bagatelle schlagen wir unsere Bücher nicht auf, hat einmal die Bank des Herrn Schacht einem hiesigen Meister der Nadel geantwortet, als er für seine mühsam und sauer ersparten 15 000 Märklein 300 Mark Zinsen, die ihm einfach einbehalten wurden, für Holz und Kohlen erbettelte. So antwortete die Bank des Sachverständigen, der damals 240 000 Mark Gehalt bezog, und bei der Aufbesserung weitere 70 000 Mark, also 310 000 Mark erhielt, seine Direktoren sich auf 172 000 Mark stellten mit der Maßgabe, daß bei unverschuldetem Abgang vom Dienst diese als Abfindung erhalten sollen das Achtfache dieses Betrages, also 1 376 000 Mark. Das antwortete die Bank, die 1926 22 800 000 Mark, 1927 25 900 000 Mark ihr eigen nannte. Es darf nicht wundern, wenn ein Amerikaner schreibt, solange die Deutschen diese Gesetze befolgen und dulden, sind sie Parias aller Nationen, würdig der Verachtung der ganzen Welt. Und weiter eine andere Stimme, die sagt, sie halte die getroffene Aufwertungsregelung für den schwersten und schlimmsten aller schlimmen politischen Fehler der Nachkriegszeit. Man treibt die ihres selbstverständlichen Rechts beraubten Sparer zur Verzweiflung, jene kleinen Sparer, die vertrauensvoll mit ihrer Kriegsanleihe mitkämpften und eine Schutzwehr mitbildeten gegen Feinde von ungewöhnlicher Grausamkeit, Mord- und Zerstörungslust, wie dies noch aus dem Jahr 1622 bekannt ist, wo eine Horde von 500 Franzosen von Pforzheim nach Neuenbürg in der Nacht zog und sengte und plünderte, daß die Einwohner erschreckt in die Wälder flüchteten. In scharfen Worten kritisierte der Vorsitzende das Aufsichtsrats- und Schmiergelder-System gewisser Abgeordneter und Minister, das der Tod für eine gerechte Aufwertung sei. In Frankreich, England und Amerika erhalten abgegangene Minister keine Pensionen, in dem verarmten Deutschland aber werden Unsummen dafür ausgegeben an Minister, die nebenbei noch bis zu 12 Aufsichtsratsposten bekleiden, ein Unfug der Gesetzgebung, der zum Himmel schreie. Auch Dr. Stresemann habe noch nie ein gutes Wort für die Sparer gefunden. Gegen diesen Unfug in der Gesetzgebung soll die Volksrechtpartei einschreiten.

In fünfviertelstündigen Ausführungen verbreitete sich nunmehr Prof. Bauser über das angekündigte Thema. Es sei manches faul im Staate Dänemark, nämlich in Deutschland. Wenn man heute in die Kreise der Wähler hineinhorche, bekomme man den Eindruck, daß die politischen Parteien und ihre Führer versagten. Man sage, die Wähler seien wahlmüde, vielleicht sei es besser, wenn man sagt, sie seien parteimüde über das Treiben der politischen Parteien und ihrer Führer, bei denen die Interessen der Wähler immer unter den Schlitten kommen. Die Lage in Deutschland sei so, daß sie von den politischen Parteien und ihren Führern nicht gemeistert werden kann. Zuzugeben sei, daß die Lage Deutschlands in den letzten Jahren schwierig war, andererseits könne man aber nicht zugeben, daß die politischen Parteien und ihre Führer und die Männer, welche die Regierung in Deutschland ausüben, das Recht haben, als Staatsmänner zu gelten, wenn sie nicht dieser Lage einigermaßen gewachsen sind. Sie müssen erkennen, um was es sich handelt und bestrebt sein, den richtigen Weg zu finden; sie haben aber diesen Weg nicht gefunden, sondern versagt. Man könne wohl die Meinung vertreten, daß wir anders aus dem Kriege herausgekommen wären, hätten wir eine gute Führung gehabt; militärisch wurde alles geleistet, was von einem Volk erwartet werden kann, aber politisch waren wir nicht gut geführt. Nach der Nachkriegszeit kam das schwere Kapitel der Inflation: da haben die politischen Parteien und ihre Führer samt und sonders versagt. Es waren doch Leute da, die genau wußten, was diese Inflationspolitik mit ihren Folgen bedeutete. In allen politischen Lagern mußte man dies erkennen und bremsen zu einer Zeit, wo wir noch nicht so nahe am Abgrund waren, in den Jahren 1919 bis 1921, warum geschah das nicht? Es gibt nur eine Erklärung: diejenigen, welche die Inflation weiterführen wollten, besaßen einen maßgebenden Einfluß und sorgten dafür, daß die Inflation weiterging. Stinnes sagte einmal zu Cuno zu einer Zeit, als die Mark eine zeitlang gleich stand und die Absicht bestand, dieselbe auf dem Stand von 20 Millionen zu stabilisieren, Sie werden uns doch die schöne Inflation nicht verderben; Cuno soll ihm entrüstet die Tür gewiesen haben. Daraus ergibt sich, daß diese Leute die Inflation wünschten, um ein Geschäft zu machen. Schacht soll im Ausland zugegeben haben, daß die wirtschaftlich Geschulten sich die Inflation zunutze machten auf Kosten der wirtschaftlich Ungeschulten. Ein Schweizer Nationalökonom schrieb einmal, daß die Ehrlosen auf Kosten der Wehrlosen bereichert wurden. Und nicht eine politische Partei gab es, die auftrat, um einen Druck auf die Stabilisierung der Währung auszuüben. Es waren großkapitalistische Einflüsse am Werk, denen gegenüber die politischen Parteien und ihre Führer restlos versagten. Aber auch der Wille zur Wiedergutmachung fehlte den politischen Parteien. Dr. Luther, der jetzt bei der Deutschen Volkspartei ein Mandat sucht, erklärte seinerzeit, wir verbieten die Aufwertung durch ein Gesetz und machen einen Strich durch die ganze Sache und Dr. Schacht setzte sich auch nicht weiter dafür ein, beide konnten sich Rittergüter kaufen. Die weiteren Fortschritte in der Aufwertung mußten Schritt für Schritt mühevoll erkämpft werden. In all diesen Fällen stand man einem zähen Willen gegenüber, nichts ändern zu lassen; diesen Willen gilt es jetzt zu brechen, und er kann gebrochen werden, wenn die Sparer nicht müde und schlapp werden und sich nicht mürbe machen lassen. Nachdem das Volksrechtsbegehren abgelehnt wurde, wurde die Volksrechtpartei gegründet, weil man sich überzeugt hatte, daß hinter den politischen Parteien die finanzielle Macht steht. Nun spricht man von Parteizersplitterung und Splitterparteien. Die Parteizersplitterung war schon da, ehe wir auftauchten. Alle die großen politischen Parteien fingen einmal klein an; sie haben ihre politischen Programme, die aber heute von den Ereignissen überholt sind. Wichtigere Dinge stehen im Vordergrund, es gilt, den Mittelstand davor zu schützen, daß er zum Proletariat und vom Großkapital aufgerieben wird. Die Religion darf nicht mit der Politik verquickt werden, wie dies vom Christl. Volksdienst und Zentrum geschieht. Die Wirtschaftspartei ist eine reine Hausbesitzerpartei, die nicht zugeben will, daß die Hypothekengläubiger zu ihrem Recht kommen sollen. Auf dem Wege der Gewalt, wie es die nationalsozialistische Partei erstrebt, läßt sich keine Besserung erzielen, nur auf der Grundlage des Rechts, wie wir es anstreben, läßt sich ein Rechtsstaat aufbauen. Die politischen Parteien haben versucht, die Volksrechtpartei zu unterdrücken durch Wahlrechtsbeschränkungen verschiedenster Art; sie scheiterten an dem festen Willen der Sparer. Wir haben den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich angerufen und dieser entschied, daß wir eine Daseinsberechtigung haben. Wir haben ein Recht auf der Bildfläche und als eine Art Stoßtrupp zu erscheinen, der nur das Recht im Auge hat. Die Aufwertungsfrage muß der Ausgangspunkt unseres Programms sein; sie ist von grundlegender Bedeutung. In der Aufwertungsfrage darf es keinen Unterschied geben zwischen Fürsten und Volk; das Privateigentum muß geschützt werden. Ohne eine gerechte Aufwertung kann es keine engere Volksgemeinschaft geben. Die Inflationspolitik hat unser Kreditwesen nicht bloß erschüttert, sondern verseucht und zu hohen Zinssätzen geführt, die heute drückender sind als je. Die Inflationspolitik hat die Kaufkraft vernichtet und dazu beigetragen, den Inlandsmarkt zu erschüttern. Im Zusammenhang damit steht auch die Wohnungsfrage; wäre das Sparkapital nicht enteignet worden, so wäre der private Wohnungsbau mit dem Wohnungsmangel fertig geworden. Weite Kreise des Mittelstandes und der Arbeiterschaft sind durch die Inflationspolitik verarmt und können sich nur das allernotwendigste leisten. In der Außenpolitik ist das schlimmste, daß man erklärte, wir haben keine Schulden mehr und den anderen die Nase darauf stieß, zu sagen, dann könnt ihr bezahlen, zahlt nur jährlich 2½ Milliarden weiter. Was heute durch die Blätter geht von einer Revision des Dawesplanes ist nichts als Wahlmache für Stresemann und die Deutsche Volkspartei, als ob deren Politik Erfolg gehabt hätte; nach der Wahl wird man es anders lesen. Nur einen Weg zur Aenderung gibt es, indem man die öffentlichen Anleihen anerkennt und mit der Verzinsung beginnt. Damit lodet man dem Staat keine Last auf, die er nicht tragen kann. Hätte der Staat gesagt, wir haben 40 Milliarden Schulden und müssen dafür Zinsen zahlen, dann würde der Dawesplan anders ausgefallen sein, die Zinsen würden im Lande bleiben und die Kaufkraft dadurch gehoben. Der Dawesplan ist auf einer falschen Grundlage aufgebaut; nur dadurch, daß eine gerechte Aufwertung eintritt, daß der Staat die öffentlichen Anleihen anerkennt und sagt, wir haben so und so viel Schulden, ist es möglich, daß der Dawesplan revidiert wird. Gegen das System der Kapitalherrschaft durch Aufsichtsratsposten der Volksvertreter und Minister ist anzukämpfen. Die Volksrechtpartei verlangt von jedem ihrer Kandidaten, daß er eine Urkunde unterschreibt und sich verpflichtet, keinen Aufsichtsratsposten bei Erwerbsgesellschaften anzunehmen; dieser Weg muß strikte gegangen werden, die Abgeordneten sollen Volksvertreter sein und nicht Vertreter des Großkapitals. Mit der Verwaltungsvereinfachung muß bei der Gesetzgebung angefangen werden; die Gesetzgebungsmaschine muß abgestoppt, Gesetze nur gemacht werden, wenn eine Frage so brennend ist, daß sie unbedingt geregelt werden muß. Vereinfachtes Steuersystem ist notwendig, es gibt Steuern, die niemals etwas tragen, weil die Verwaltung zu viel kostet. Der Beamtenabbau war verfehlt, weil für abgebaute Beamte neue Kräfte eingestellt werden mußten und für die Abgebauten die Pensionen zu bezahlen waren. Bei den Zentralbehörden muß mit der Vereinfachung begonnen werden. Die Gebäudeentschuldungssteuer ist ungerecht und muß verschwinden; sie ist nur dazu angetan, Mieter und Vermieter hintereinander zu bringen. Eine gesunde Wirtschaftspolitik muß dahin streben, das Sparkapital wieder herzustellen, wodurch die Kaufkraft gehoben und der Inlandsmarkt belebt wird. Das Volksvermögen muß auf möglichst viele mittlere und kleine Besitzer verteilt werden, nicht auf Staat und Gemeinden, das ist eine gesunde Grundlage. Was haben doch die Städte in der Inflationszeit alles zusammengekauft! Eine Zusammenraffung des Volksvermögens muß vermieden werden, sonst ist eine Katastrophe unabwendbar; bewußte Mittelstandspolitik ist zu treiben. Was soll nun eine Partei sein? Die politischen Parteien haben dem Volk zu dienen, sie sollen nicht das Volk beherrschen. Dem Wohl des Volks zu dienen, für dessen Wohl zu kämpfen, ist Leitstern der Volksrechtpartei. Der Redner bat, für dieselbe einzutreten, und sie am Wahltag zu unterstützen. Dem lebhaften Beifall für die Ausführungen schloß sich der Vorsitzende mit Dankesworten an. Die Ziele, welche der Redner entwickelt habe, seien Ziele, wie wir sie brauchen können, dazu angetan, uns zu einem Aufgang zu bringen, der für unser großes deutschen Vaterland notwendig ist. Eine Aussprache fand nicht statt.

Neuenbürg, 24. April. In einem Bericht aus Neuenbürg in der „Schwäbischen Tagwacht" wird die Errichtung eines

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stadtgartens zur Sprache gebracht und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der findige Gemeinderat das Richtige treffen werde, zur Zufriedenheit aller Interessenten und Steuerzahler. Anschließend daran gelangt der Verkauf des Geschäftshauses des Bezirkskonsumvereins und die Neuerwerbung eines kleineren Geschäftshauses zur Sprache, was der Verfasser als einen Rückschritt betrachtet, der von den Genossenschaftern nicht so leicht hingenommen werden dürfe; die Genossenschafter werden aufgefordert, nicht aus dem Konsumverein auszutreten, sondern als überzeugte Genossenschafter in der nächsten Generalversammlung noch mehr ihren Willen kundzutun. Zum Schluß hat der Verfasser wieder einmal das Bedürfnis, dem „Enztäler" eines anzuhängen im Zusammenhang mit zwei Fällen, die sich vor nicht zu langer Zeit hier ereigneten. Der Verfasser schließt sein Geisteserzeugnis mit der tiefgründigen Frage „Warum schweigt der „Enztäler" darüber?" Wir wollen diesem Geisteshelden es verraten. Seit unserer zehnjährigen Tätigkeit als Schriftleiter des „Enztäler" stehen wir uns in solchen Fällen von rein menschlichem Empfinden leiten und dem Grundsatz, daß es nicht Aufgabe einer anständigen Presse ist, diese oder jene Persönlichkeiten in Neuenbürg im Schmutz herumzuziehen und es in die Welt hinauszupposaunen, nicht zuletzt auch im Interesse der Stadt Neuenbürg selbst. Wir haben noch keinen derartigen Fall (Gerichtsurteile ausgenommen, die wir aber aus triftigen Gründen seit längerer Zeit auch nicht mehr veröffentlichen) in unsere Spalten aufgenommen und werden diesem Grundsatz nach wie vor treu bleiben, ohne Ansehen der Person. Gerne überlassen wir diesen Ruhm der „Schwäbischen Tagwacht", richtiger gesagt, deren Neuenbürger Hintermann, der es als Bedürfnis empfindet, ab und zu einen Giftpfeil aus sicherem Hinterhalt gegen den „Enztäler" abzuschießen. Wenn der Mann eine Freude daran hat, wir wollen es ihm nicht wehren. Nur kurz noch die Gegenfrage: Würde der Verfasser, wenn er selbst in solcher Lage wäre und von der Staatsanwaltschaft „gekrallt" würde, wie er sich ausdrückt, auch noch die Frage stellen: Warum schweigt der „Enztäler" darüber?

D. Strom, Schriftleiter des „Enztäler".

(Wetterbericht.) Süddeutschland kommt allmählich mehr in den Bereich eines schwachen Hochdruckgebiets. Für Mittwoch und Donnerstag ist zwar zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

— **Birkenfeld**, 23. April. In der „Schönen Aussicht" sprach am letzten Sonntag abend Prof. Bauser-Nagold über das Thema: „Warum brauchen wir eine Volksrechtpartei?" Unter einleitenden Begrüßungsworten durch Oberlehrer Eisenhardt verwies dieser auf den Zusammenschluß der Sparer zwecks Herbeiführung einer gerechten Aufwertung. Hierauf erteilte er dem Referenten das Wort. Dieser verbreitete sich zunächst über das Verhalten der verschiedenen Parteien zur Inflation. Er stellt fest, daß sie alle versagt haben, trotzdem es möglich gewesen wäre, Mittel und Wege zu finden, sie aufzuhalten. Es gab einflußreiche Leute, die hinter ihnen standen und ihren Nutzen und daher auch ihr Interesse am Fortgang der Inflation hatten. Die Folge war, daß allen kleinen und mittleren Sparern und auch den großen Kapitalisten ihre Vermögen weggeschmolzen sind wie der Schnee an der Sonne. Sie stehen heute verarmt und schauen nach Rettung aus. Eine solche Rettung zeigt sich in der Aufwertung. Auch in dieser Sache haben die Parteien mit samt der Regierung versagt. Ueber die Köpfe unserer verarmten und entrechteten Volksgenossen hinweg wurde bei der Reparationsfrage die Behauptung aufgestellt, Deutschland habe keine Schulden. Da war es für unsere Feinde leicht, die Reparationszahlungen auf die Höhe zu treiben, auf der sie sich befindet. Ja für sie hatte man ein Herz, nicht aber für unser verarmtes Volk. Da muß nun die Volksrechtpartei helfend eingreifen. Wenn auch gesagt wird, sie sei zu klein, als daß sie entscheidend in dieser Sache eintreten könne und die Stimmen, die man ihr gebe, verloren seien, so ist darauf zu erwidern, daß andere Parteien auch klein angefangen haben und später doch zu einer politischen Macht geworden seien. Der Redner entwickelte in eingehender Weise sein Programm, verbreitete sich über eine gerechte Verteilung der Steuern und geißelte die ewige Vermehrung der Gesetzesparagraphen. Der Gesetzesapparat müsse vereinfacht werden. Nur dann könne auch eine Vereinfachung der Verwaltung und eine Reduzierung der Beamten erfolgen. Mit einem Appell an die Wähler, für die Partei zu werben und am Wahltag recht zahlreich zu erscheinen, schloß der Redner seine mit Beifall aufgenommene Rede.

Neuenbürger Verkehrspolitik.

(Entgegnung auf den in Nr. 86 des „Enztäler" erschienenen Artikel des Gemeinderats Neuenbürg.)

Von der Geschäftsstelle des Würm- und Enzgau-Verkehrsverbandes wird uns geschrieben: Nachdem das Stadtschultheißenamt Neuenbürg den Artikel in Nr. 86 des „Enztäler" als Standpunkt des Gemeinderats Neuenbürg der Verbandsleitung amtlich zur Kenntnis vorlegte, sind wir zu unserm Bedauern gezwungen, ebenfalls öffentlich zur Sache Stellung zu nehmen. Einleitend und zur Aufklärung des Publikums muß noch folgendes vorausgeschickt werden:

„Der Würm- und Enzgau-Verkehrsverband ist eine Organisation zur Verkehrsförderung und Verkehrswerbung im Gebiete des Ostschwarzwaldes, dem zurzeit 52 Gemeinden (darunter 32 württembergische) und eine Anzahl von Körperschaften und sonstigen Mitgliedern angehören. Die gesamte Geschäftsführung und Vertretung nach außen obliegt dem ehrenamtlichen Geschäftsführer, der in seiner Tätigkeit völlig selbständig ist. Zur Durchführung seiner Pläne und Vorschläge ist aber selbstverständlich die Zustimmung des Hauptausschusses und als höchster Instanz der Generalversammlung erforderlich. In der Generalversammlung hat jede Verbandsgemeinde Sitz und Stimme, also auch die dem Verband angehörende Stadtgemeinde Neuenbürg, ferner die sog. Vollmitglieder usw."

Wir stellen ausdrücklich fest, daß nach dem Vortrag des Geschäftsführers in der Generalversammlung vom 17. März, gegen die vom Gemeinderat Neuenbürg erwähnten Pläne, trotz wiederholter Aufforderung der Vorsitzer, Oberbürgermeister Gündert, Pforzheim und Schultheiß Woerner, Mühlacker, keinerlei Wortmeldungen erfolgten und somit keinerlei Einwand gegen die vorgetragenen Pläne, so daß diese als einstimmig angenommen zu erachten sind. **Der anwesende Vertreter der Stadt Neuenbürg hat somit selbst diesen Plänen zugestimmt.**

Aber auch wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, so hätte ordnungs- und sachgemäß in allgemein üblicher Form der Gemeinderat Neuenbürg seine Auffassung, statt öffentlich in der Presse, zunächst der Verbandsleitung mitteilen sollen, die dann ihrerseits Veranlassung genommen hätte, alle an der Sache unmittelbar beteiligten Verbandsgemeinden und zwar nur diese, in einer gemeinsamen Sitzung zu hören.

Diese sachliche Behandlung der Angelegenheit lag jedoch nicht im Sinne der Urheber des Artikels im „Enztäler", sondern ihre Absicht geht klar und eindeutig aus Ziffer 4 und 5 ihrer Zusammenfassung hervor, dahingehend

die Reichsbahndirektion Stuttgart und die Oberpostdirektionen Karlsruhe und Stuttgart gegen die genannten Pläne und die Bestrebungen des Verkehrsverbands zu beeinflussen oder volkstümlich ausgedrückt gegen den Verband und seine Pläne scharf zu machen.

Hierzu lag aber gar kein Grund vor, weil zur Durchführung der Pläne bekanntlich auch noch die Amtskörperschaft und das Oberamt ihre Zustimmung zu geben haben und Neuenbürg noch genug Gelegenheit gehabt hätte, hier seine Bedenken vorzubringen. Da nun aber die öffentliche Darlegung der Auffassung des Gemeinderats Neuenbürg eine Reihe von Unrichtigkeiten und Widersprüchen enthält, die geeignet sind, eine Irreführung der Oeffentlichkeit herbeizuführen, so ist die Verbandsgeschäftsstelle ihrerseits nun ebenfalls genötigt, hierzegen öffentlich Stellung zu nehmen. Zunächst wäre festzustellen, daß nach den uns zugegangenen Mitteilungen der Gemeinderat Neuenbürg nicht befugt ist, wie dies aus seinen Auslassungen angenommen werden könnte, gewissermaßen im Namen des Bezirks oder im Namen der Bevölkerung Neuenbürgs selbst zu sprechen, er vertritt hier nur seine eigene Auffassung und die eines Teiles der Neuenbürger Einwohner. Die Stadt Neuenbürg ist bis jetzt zwar noch Sitz des Oberamts, aber sie stellt nur ein Siebenzehntel der Bezirksbevölkerung dar. An der für die Anforderung der Straßenkosten, die mehrfach erwähnt werden, nötigen Bezirksumlage, dem sogenannten Amtsschaden, war Neuenbürg früher mit **einem Zwölftel** beteiligt, die Stadt Wildbad mit dem dreifachen Anteil. Letztere Stadt, die ebenfalls dem Verbande angehört, hat aber u. W., obwohl sie ein gewichtigeres Wort in dieser Sache mitzusprechen hätte, noch keinerlei ähnliche Bedenken geltend gemacht. Uebrigens zahlen auch die an den Plänen beteiligten Gemeinden zusammen erheblich mehr als Neuenbürg, obwohl sie die schlechtesten Straßenverhältnisse im Bezirke haben. Nun zu den Einzelheiten selbst. Seine Auffassung, daß Kraftposten nur zur Erschließung eisenbahnloser Gegenden, d. h. solcher Orte, die **verhältnismäßig weit** von der Bahn liegen, dienen sollen, widerlegt der Gemeinderat Neuenbürg schon in einem folgenden Absatz selbst, indem er ausführt, daß bei einem dringenden Bedürfnis nach Fahrgelegenheit die Gemeinden dies durch Führung von Kraftwagen zur Enz- und Nagoldbahn (beileibe nicht nach Pforzheim) befriedigen könnten. Diesem Bedürfnis entsprechend seien die Straßen angelegt und verbessert worden. Diesen Teil der Ausführungen des Gemeinderats Neuenbürg werden die Gemeinden Grunbach, Salmbach, Engelsbrand und Dennach mit besonderem Interesse lesen, da ihnen zum Teil jede für schwerere Fahrzeuge geeignete Straßenverbindung fehlt, dafür dürfen aber diese Gemeinden ebenfalls ihren Anteil an den allgemeinen Straßenkosten des Bezirks tragen.

Was nun die Linienpläne anbelangt, so ist von einer ständigen Verbindung Pforzheim—Unterreichenbach—Schömberg überhaupt nicht die Rede gewesen. Lediglich für den Touristenverkehr wurde ein Sommerverkehr auf dieser prächtigen Höhenstraße vorgeschlagen, der ausschließlich dem Bezirk Neuenbürg und Calw zugute käme und sich auf die Sonn- und Feiertage beschränken dürfte. Für Sonderfahrten wie sie bisher schon von Fall zu Fall von dem vom Unterzeichneten betriebenen Verkehrsbüro unternommen werden, bedarf es weder der Zustimmung, noch der Genehmigung irgend einer Instanz.

Die Pläne einer direkten Verbindung Pforzheim—Büchenbronn—Schömberg u. Pforzheim—Schwann—Dennach—Dobel sind — leider — nicht der Initiative der Verbandsgeschäftsstelle entsprungen, wie eigentlich die Oberamtsstadt Neuenbürg wissen sollte, sondern sie stellen jahrzehntealte Wünsche der beteiligten Gemeinden dar, die pflichtgemäß von der Verbandsleitung wieder aufgegriffen wurden. Es sollte doch auch dem Gemeinderat Neuenbürg bekannt sein, daß ein fertiges Straßenbahnprojekt für eine 18 Kilometer lange Strecke Schömberg—Büchenbronn—Pforzheim vorliegt und daß nur der Krieg dessen Ausführung verhindert haben dürfte. Es dürfte ferner nicht unbekannt sein, daß nach dem Kriege im Auftrage einer Anzahl Gemeinden des nördlichen Oberamts ein weiteres Straßenbahnprojekt Marxzell—Brötzingen gefertigt wurde und daß dabei von Neuenbürg aus der etwas abenteuerliche Vorschlag eines Tunnels Neuenbürg—Gräfenhausen gemacht wurde, natürlich nicht aus dem Grunde, daß das Bähnle hübsch im Oberamt bleibt, sondern nur aus reinem Wohlwollen für die beteiligten Gemeinden. Wir stellen sonach fest, daß die geplanten Linien weder von der Verbandsgeschäftsstelle oder der Stadt Pforzheim angeregt wurden, sondern von den beteiligten Gemeinden selbst. Wir stellen ferner fest, daß uns schon wiederholt von den in Pforzheim beschäftigten Arbeitern aus Schwann, Conweiler und Feldrennach der Wunsch einer direkten Arbeiterlinie nach Pforzheim ausgesprochen wurde und daß man sich bereit erklärte, gerne hierfür den doppelten Fahrpreis aufbringen zu wollen. Festgestellt muß ferner werden, daß von einer Konkurrenz bestehender durch die neugeplanten Linien schon aus dem Grunde gar keine Rede sein kann, weil sämtliche von der **Reichspost** (oder gibt es nach Neuenbürger Ansicht vielleicht eine besondere württembergische Reichspost?) ausgeführt werden sollen und daß sich die befürchtete Schwächung der Linie Wilhelmshöhe—Schwann der Herrenalber Strecke durch einfache Fahrplanmaßnahmen beseitigen läßt. Auch die Linie Liebenzell—Schömberg wird gar nicht berührt, weil sie schon jetzt nur von den Reisenden benützt wird, die über Calw eintreffen und für die sie immer der kürzeste und billigste Zugang nach Schömberg bleiben wird, selbst wenn eine Linie Unterreichenbach—Schömberg bestünde. Von der Linie Neuenbürg—Schömberg mit ihrem einmaligen Fahrkurs täglich wird nicht gesprochen, obwohl auch über diese und ihre Entstehungsgeschichte sich vielleicht manches sagen ließe, geschädigt wird sie nicht, da schon jetzt von Pforzheim kommende Reisende sie kaum benützen. Anders verhält es sich mit der Linie Höfen—Schömberg. Hier aber wäre, was doch auch einmal gesagt sein muß, erst einmal festzustellen, welchen Vorteil und tatsächlichen Gewinn die Gemeinde Höfen bisher von dieser nahezu ausschließlich nur von **Durchreisenden** benützten Linie gehabt hat. Jedenfalls würde eine direkte Linie Pforzheim—Schömberg, durch welche die Reise dorthin um 7—10 Kilometer gekürzt würde, ganz abgesehen vom Umsteigen, für die Zukunft dieses aufblühenden Kurortes von allergrößter Bedeutung sein, was auch dort — vergl. Bahnprojekt — schon längst erkannt wurde.

(Schluß folgt.)

Württemberg.

Calw, 23. April. (Todesfall.) Nach längerer Krankheit starb hier nach einer überstandenen Operation im Krankenhaus Reichsbahnrat Thuma in einem Alter von 62 Jahren. Ueber 20 Jahre war er Vorstand der hiesigen Betriebsinspektion. Um seine Betriebsstrecke und besonders um die Nagold- und Enzbahn hat er sich große Verdienste erworben.

Leonberg, 22. April. (Frecher Autodiebstahl.) Sonntag nacht wurde in Stuttgart der Mercedes-Sportwagen des Kaufmanns Preisendanz von der Straße weg gestohlen. Die Diebe, 2 junge Bürschchen im Alter von 17—18 Jahren, mit dem Namen Adolf Jörger und Eugen Brenner, schlugen die Richtung Solitude—Leonberg ein. Der in Tiefenbronn ansässige Arzt, der den Wagen kannte, überholte diesen auf der Solitude, schöpfte Verdacht, fuhr nach Leonberg und machte dort der Polizei Meldung. Nach kurzer Zeit passierten die Diebe Leonberg. Schutzmann Schneider hielt das Auto an und verhaftete die beiden Ausreißer. Sie wurden noch in derselben Nacht in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Dadurch, daß das Stadtschultheißenamt Leonberg mit Stuttgart auch die Nacht durch an das Telephonnetz angeschlossen ist, konnte die ganze Affäre noch in der Nacht erledigt werden und das Auto dem rechtmäßigen Besitzer, der es dann abholte, wieder ausgehändigt werden. Wie festgestellt wurde, haben die beiden Jungen schon öfters solche Streiche geliefert, ohne dabei erwischt zu werden.

Stuttgart, 23. April. (Hoher Krankenstand.) Bei der Stuttgarter Ortskrankenkasse werden wegen der vielen Erkrankungen an Grippe 6—7 Prozent der Versicherten als krank geführt. Auffallend ist die lange Krankheitsdauer der einzelnen Personen. Die Ortskrankenkassen sind dadurch finanziell stark in Anspruch genommen und haben die Stuttgarter Aerzte in einem Rundschreiben gebeten, die Frage der Arbeitsunfähigkeit in jedem einzelnen Falle mit aller Sorgfalt zu prüfen und dabei zu beachten, daß die Krankenkassen Kranken- und nicht Versorgungskassen sind.

Stuttgart, 23. April. (Die eigene Frau und sich selbst erschossen.) Heute morgen erschoß in einem Hause der Alexanderstraße ein 63 Jahre alter Mann seine 50 Jahre alte Frau und verletzte sich darauf durch einen Schuß in die rechte Schläfe schwer. Er wurde nach dem Katharinenhospital verbracht und ist dort wenige Stunden nach seiner Einlieferung seiner Verletzung erlegen.

Marbach a. N., 23. April. (Zum Schulstreik.) Wie schon mitgeteilt, hat in Marbach zu Beginn des neuen Schuljahrs ein Schulstreik eingesetzt, 6 Kinder versäumten unentschuldigt die Schule, vorwiegend aus bäuerlichen Kreisen. Auf eine Unterschriftensammlung hin befaßte sich am Donnerstag der Gemeinderat noch einmal mit der Frage der Einreichung eines nachträglichen Gesuches um vorläufige Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahrs; es wurde jedoch mit 13 Stimmen beschlossen, den alten Standpunkt aufrecht zu erwarten und von einem Gesuch Abstand zu nehmen.

Wendlingen, OA. Eßlingen, 23. April. (Gegen das achte Schuljahr.) Auf Einladung des Ortsvorstehers fand am Samstag abend hier eine Versammlung der Erziehungsberechtigten statt, deren Kinder bis 1932 zur Entlassung kommen. Schulheiß Kapp erstattete Bericht. Darnach waren 43 Kinder in den Schulstreik getreten, von denen 14 ihn noch fortsetzen, während 28 auf Strafandrohung wieder in die Schule kamen. Eine Verordnung der am Schulstreik beteiligten Eltern war beim Kultministerium, erhielt aber vorläufig einen ablehnenden Bescheid. In 6 besonders dringenden Fällen ist Befreiung vom 8. Schuljahr gewährt worden. Der Referent hat, die Angelegenheit nicht auf die Spitze zu treiben. Eine Aussprache fand nicht statt; man stimmte ab und dabei ergab sich, daß von 139 stimmberechtigten Eltern und Vormündern 116 gegen das 8. Schuljahr stimmten. Die Angelegenheit soll nun zur Entscheidung dem Kultministerium übergeben werden.

Geislingen a. St., 23. April. (Sprung aus dem Eisenbahnzug.) Am Samstag nachmittag wollte der 16 Jahre alte Hilfsarbeiter Eugen Bunz von hier nach Amstetten fahren. Er stieg irrtümlicherweise in den von hier nach Ulm durchfahrenden beschleunigten Personenzug in einen vorderen Personenwagen, anstatt in den Wagen der Schulmaschine ein. Als er den Irrtum bemerkte, sprang er kurzerhand bei Lonsee aus dem Zug, glücklicherweise ohne schweren Schaden zu nehmen. Er erhob sich von dem Fall, ging noch eine Strecke Wegs und brach dann zusammen; er wurde von Bewohnern von Lonsee zum dortigen Arzt gebracht. Es wurde eine Gehirnerschütterung und Schwellungen im Gesicht festgestellt, so daß er mit dem Sanitätszug in das Bezirkskrankenhaus Geislingen verbracht werden mußte.

Affstätt, OA. Herrenberg, 23. April. (Ein junger Lebensretter.) Am gestrigen Sonntag nachmittag spielten kleine Kinder in der Nähe der Molkerei Ball. Dabei geriet der 3 Jahre alten Lina Böckle das Spielzeug in den Dorfteich. Kurzerhand sprang das Kind seinem Ball ins Wasser nach. Es sank rasch unter, erschien aber immer wieder an der Wasseroberfläche, immer tiefer ins Wasser, immer weiter ab vom Ufer geratend. Ihr Spielgefährte, der kleine Bruder, schrie mächtig um Hilfe, die auch bald zur Stelle war. Der 16jährige Friedrich Maier wagte sich kurzentschlossen ins frostige Wasser und holte das dem Ertrinken nahe Kind aus sicherer Ufer.

Vermischtes.

Frauenmord bei Bad Aibling. Donnerstag nachmittag 4 bei Bad Aibling bei München durch die Auffindung einer Frauenleiche ein noch unaufgeklärtes Verbrechen aufgedeckt worden. Bei der Ermordeten soll es sich um die in den dreißiger Jahren stehende Gattin des Hoteldirektors Ebenhoch aus Salzburg handeln. Wie der Münchener Polizeibericht meldet, fand man Donnerstag nachmittag nächst einem Fußwege unmittelbar an der Staatsstraße nach Bad Aibling in einem Gebüsch eine beschädigte Damenhandtasche, die anscheinend rasch weggeworfen worden war. Die Tasche enthielt etwa 12 Mark Bargeld und Personalpapiere. Die Gendarmerie machte Nachforschungen und fand dann 400 Meter von der Stelle entfernt eine Frauenleiche. Die Leiche selbst weist mehrere Schußwunden auf, besonders am Kopf. Die Möglichkeit eines Selbstmordes ist fast ausgeschlossen. Der Täter konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Die ermordete Frau ist am Mittwoch nachmittag auf der Bahnstation Bruckmühl in Begleitung eines Herrn dem Zuge entstiegen und wurde noch in der Ortschaft gesehen. In der Handtasche befand sich auch eine Fahrkarte Tegernsee—Salzburg. Warum die Fahrt unterbrochen wurde, ist noch ungeklärt. Eine Gerichtskommission aus München hat sich sofort an den Tatort begeben.

Der gefoppte Boxer. Der Ex-Weltmeister Jonny Coulon ging eines Abends ahnungslos nach Hause, betrat sein Wohnzimmer und sah sich plötzlich einem wildfremden Manne gegenüber, der sich im Zimmer gründlich „umgesehen" hatte, ein ansehnliches Päckchen unter dem Arm trug und nun Miene machte, sich mit einem blitzblanken Messer auf Coulon zu stürzen. Der Bantammeister hatte nicht einmal Zeit, seine eleganten hellgelben Gaces abzustreifen oder seinen Zylinder zu lüften, so rasch warf der Besucher ihm zunächst das Päckchen entgegen und sich dann selbst auf Coulon. Dem umfangreichen Päckchen wich Coulon geschickt aus, seinem ungebetenen Besucher aber schlug er die geübte Faust so treffsicher unter die Kinnlade, daß dieser sofort k. o. niederfiel. Coulon hatte nur einen schwachen Ritzer erhalten, fesselte seinen Besucher und holte Polizei herbei, der er den Mann übergab. Es war ein guter Fang, ein langgesuchter und gefährlicher Einbrecher, und Coulon konnte die für die Ergreifung ausgesetzte Prämie von 10 000 Franken einstecken. Eine gute Zeit darauf trat Coulon in einem Pariser Etablissement auf, und zwar als „unaufhebbar", das heißt, er bot jedermann 15 000 Franken an, der imstande wäre, ihn vom Boden zu heben. Keinem gelang es, und die Sache wurde zur Sensation. Da, eines Abends, als Coulon sich wieder auf das Podium legte, stieg ein schwächlicher Herr zu ihm hinauf, umfaßte ihn mit beiden Händen, neigte seinen Kopf zu Coulons Ohr und schien ihm während des Versuches, ihn zu heben, etwas zuzuflüstern. Ein Wunder geschah, der Unaufhebbare wurde nicht nur blitzschnell vom Boden gehoben, sondern entriß sich auch den Armen seines scheinbaren Bezwingers, sprang vom Podium, raste durch den Saal und direkt nach seiner Wohnung — die er wohlverwahrt und vereinsamt vorfand. Später löste sich das Rätsel, der Fremde hatte Coulon zugeflüstert, daß Einbrecher in seiner Wohnung seien, und das machte Coulon federleicht und „aufhebbar". Die Prämie von 15 000 Fr. hat sich der Sieger noch in Abwesenheit Coulons an der Kasse auszahlen lassen, sich selbst aber wohlweislich nimmer wieder Coulon gezeigt.

Die Strafe des Rekorddiebs Barbé. Das Berufungsgericht in Breslau verurteilte den Rekorddieb Barbé, der in erster Instanz wegen 241 einfacher und 26 schwerer Diebstähle, davon etwa 80 im Rückfall, zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, nunmehr zu 6 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der etwa dreijährigen Untersuchungshaft. Die wegen gewerbsmäßiger Hehlerei bzw. einfachen Diebstahls mitangeklagte Frau Gieja, ihre Tochter und ein Kaufmann Reinkober, erhielten 1½ Jahre Zuchthaus bzw. 84 M. Geldstrafe u. 6 Mon. Gefängnis. Die erstinstanzlichen Strafen waren auch in diesen Fällen bedeutend höher ausgefallen.

Die schönsten Kleider
zu billigsten Preisen
bei
KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ein grausiger Kriegsfund. Wie die „B. Z." aus Paris meldet, stieß man in Chevregny im Departement Aisne bei einer Kellerreparatur auf einen etwa 10 Meter unter dem Keller liegenden Unterstand, in dem die Skelette von etwa 50 deutschen Soldaten gefunden wurden. Ein Teil der Toten saß noch aufrecht um den Tisch herum, die meisten jedoch lagen auf Feldbetten. Wahrscheinlich ist die Besatzung durch Einleitungen von Gas getötet worden.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 23. April. (Pferdemarkt.) Dem Pferdemarkt auf dem Cannstatter Wasen waren bis heute vormittag 11 Uhr rund 650 Pferde zugeführt. Der Verkauf hat lebhaft eingesetzt.

Stuttgart, 23. April. (Landesproduktenbörse.) Die amerikanischen Terminnotierungen waren in abgelaufener Woche schwankend, aber trotzdem konnte sich die feste Stimmung halten und die Forderungen hier In- und Auslandsgetreide sind wiederum höher; hauptsächlich ist Roggen sehr teuer. Das Geschäft war weniger lebhaft wie in den Vorwochen. Es notierten je 100 Kilogramm: Auslandsweizen ab Mannheim 30—31.75 (am 16. April 29.75—31.50), Württ. Weizen 26.50—27.75 (26.25—27.50), Sommergerste 28—32 (unv.), Hafer 23.50 bis 26.50 (23—26), Wiesenheu 5.75—6.50 (unv.), Kleeheu 6.50—8 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 4—4.40 (unv.), Mühlenfabrikate: Weizenmehl 41.25—41.75 (41—41.50), Brotmehl 33.25—33.75 (33—33.50), Kleie 15—15.25 (14.75—15) Mark.

Stuttgart, 22. April. (Auftakt zum Stuttgarter Pferdemarkt, 23. 24. 4.: Die Pferdeprämierung.) Heute fand im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof die Prämierung der Marktpferde statt, die jedoch auf die Stuttgarter Bevölkerung nicht so anziehend wirkte, wie Sportveranstaltungen jeglicher Art. Trotzdem am Vormittag die Vorführung und das Richten der Tiere bei schönem Sonnenschein vor sich ging, setzten sich die wenigen Zuschauer fast nur aus Beteiligten zusammen. Unter dem Pferdematerial befanden sich einige Blender, die vom Publikum gelobt, von den Richtern aber natürlich ausgeschieden wurden. Vorgeführt wurden insgesamt 121 Tiere, wovon auf Gruppe Kaltblutpferde 65, auf Gruppe Warm- und Kaltblutpferde 26 Tiere entfielen. Ausgezeichnet wurden in der Gruppe Kaltblutpferde a) von 16 Paaren schwere, 2 Paare mit 1. Preis: Besitzer: D. Schmid-Gaisburg und S. Löwenthal-Cannstatt, 4 Paare mit 2. Preis, 3 Paare mit 3. Preis und 3 Paare mit 4. Preis; b) von 15 Paaren leichte: 2 Paare mit 1. Preis, Besitzer: D. Schmid-Gaisburg und Wolf-Möhringen, 2 Paare mit 2. Preis, 1 Paar mit 3. Preis, 3 Paare mit 4. Preis; c) von 13 einzelnen schweren: 2 Tiere mit 1. Preis: Besitzer: Kessel-Ludwigsburg und S. Löwenthal-Cannstatt, 1 Tier mit 1 und 1 Tier mit 4. Preis; d) von 20 einzelnen leichten: Ein Tier mit 1. Preis: Besitzer: S. Löwenthal-Cannstatt, 1 Tier mit 2. Preis und 2 Tiere mit 3. Preis. In der Gruppe Warm- und Kaltblutpferde wurden ausgezeichnet: a) von 3 Paaren schwere 1 Paar mit 2. und 1 Paar mit 4. Preis; b) ein Paar mittelschwer-leicht mit 3. Preis; c) von 11 einzelnen schweren 1 Tier mit 1. Preis: Besitzer: Gerlach-Cannstatt, 1 Tier mit 2 und 2 Tiere mit 3. Preis; d) von 7 einzelnen leichten 1 Tier mit 1. Preis: Besitzer: Gebrüder Maier-Heilbronn, 1 Tier mit 2, 1 Tier mit 3. und 1 Tier mit 4. Preis. Nachmittags 4 Uhr konnte unter den Klängen flotter Märsche das Preisgericht, das sich für schwere Pferde aus Direktor Besenfelder, Veterinärdirektor Dr. Kösler, Spediteur W. Henne und Karl von Maur, für leichte Pferde aus General Baun, Domänenpächter Schmid, Gemeinderat Frank und Oberveterinärrat Schneider zusammensetzte, die Prämien, die für den 1. Preis 150 Mark, für den 2. 75 Mark, für den 3. 50 Mark und für den 4. 25 Mark betrugen, an die Besitzer auszahlen.

Der Stand der Weinberge mitte April. Die Reben waren mit gutem, ja vielfach recht erfreulichem Holzbestand in den Winter getreten. Im April setzte, nachdem die Ostertage sehr warme Temperaturen gebracht hatten und ein milder Regen am 11. nachfolgte, das Erwachen der Natur fast mit einem Schlage ein. Mitte April befinden sich die Rebknospen im Schwellen. Für die Winter- und Frühjahrsarbeiten lagen die Witterungsverhältnisse günstig. Beim Rebschnitt war zu beachten, daß der Dezemberfrost an niederen Weinbergslagen nicht spurlos vorübergegangen war; man stieß da und dort auf frostbeschädigte Augen. In den höheren Lagen ist der Holzstand gut bis sehr gut, abgesehen vom Sylvaner, der nicht überall befriedigt. Die Gewinnung von Rebschnittholz zu Neuanlagen und zu Veredlungszwecken erforderte in diesem Jahr besondere Vorsicht. Trotz der immer noch kritischen Lage des Weinbaus wurden, namentlich im württ. Unterland, viele Neuanlagen betätigt; Wurzelreben waren im Hinblick auf die zweifelhafte Qualität des Blindholzes stark gefragt und wurden hoch bezahlt; von Hohenbaslach wird berichtet, daß man für das Hundert Wurzelreben bis 76 Mark anlegte; dabei seien die geringsten Rebsorten am teuersten gewesen (!). Im übrigen ist ein Fortschritt insofern zu verzeichnen, als man sich bei Neuanlagen mehr und mehr des Reinsatzes und einer weiteren Stockentfernung befleißigt. Der Weinbergboden befindet sich in diesem Frühjahr in vorzüglicher, lockerer Beschaffenheit; wer sich Zeit nahm, in den trockenen Märztagen vorzufelgen, hat gut daran getan. Die Weinvorräte in den Erzeugerhänden sind stark zusammengeschrumpft. Von der Abhaltung eines Frühjahrsweinmarkts in Stuttgart mußte wegen sehr schwacher Anmeldung abgesehen werden.

Neueste Nachrichten.

München, 23. April. Die Reichsbahndirektion München teilt mit: Am gestrigen Sonntag 23.40 Uhr entgleisten im Rangierbahnhof München-Ost beim Abziehen von Wagen zwei leere Personenwagen. Der um die gleiche Zeit ausfahrende Nahpersonenzug München—Ismaning konnte infolge der Kürze der Entfernung nicht mehr rechtzeitig zum Halten gebracht werden und fuhr auf die entgleisten Personenwagen auf. Durch den Aufstoß wurden außer dem Lokomotivführer vier Reisende leicht verletzt. Die Verkehrsstörung war bis heute mittag 12 Uhr behoben.

Mühlheim, 23. April. Gestern abend gegen 11 Uhr ereignete sich in einem Hochofenbetriebe der Friedrich Wilhelm-Hütte ein schwerer Unglücksfall. Sieben beim Formenwechsel beschäftigte Hochofenarbeiter wurden von einer durch Wasserstoffgemisch entzündeten Stichflamme verletzt. Sie wurden dem Krankenhaus zugeführt. Zwei von ihnen erlitten schwere Verletzungen, doch hofft man, sie am Leben zu erhalten.

Herne, 23. April. Im Betriebe der Chemischen Werke im benachbarten Gerthe ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Bei der Errichtung eines Säureturms riß plötzlich beim Emporziehen eines 13 Tonnen schweren Steins eine Kette des Flaschenaufzugs und begrub einen Angestellten und zwei Arbeiter unter sich. Der Angestellte war sofort tot, während die beiden Arbeiter schwere Verletzungen erlitten.

Berlin, 23. April. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch im Ruhrkohlenbergbau im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Berlin, 23. April. Reichspräsident von Hindenburg hatte dem König Boris von Bulgarien seine aufrichtige Teilnahme anläßlich des neuen Erdbebenunglücks in Bulgarien drahtlich zum Ausdruck gebracht. Der König hat darauf heute in einem warmgehaltenen Dankestelegramm geantwortet.

Berlin, 23. April. In einer Karosseriefabrik in Berlin-Lichtenberg konnte eine Reihe von umfangreichen Diebstählen aufgeklärt werden. Es stellte sich heraus, daß der Dieb der Werkmeister Otto Heimer war. Heimer hatte außerdem einen Lehrling, von dem er wußte, daß er in Fürsorgeerziehung war, durch Drohungen mit Enthüllung über dessen Vergangenheit genötigt, ihn bei seinen Diebstählen zu unterstützen.

Berlin, 24. April. Der Ueberwachungsausschuß des bisherigen Reichstags wird sich heute mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes beschäftigen. — Großadmiral v. Tirpitz ist zum Ehrenvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei ernannt worden. — Der Landesverband Frankfurt-Oder der Deutschnationalen Volkspartei hat, laut „Deutscher Tageszeitung", soeben die endgültigen Kandidatenlisten fertiggestellt. An der Spitze der Reichswahlliste steht wieder Reichsinnenminister v. Keudell. — Das Druckereipersonal beim „Berliner Börsenkurier" hat heute mittag im Zusammenhang mit dem Lohnkonflikt im Druckereigewerbe die Arbeit eingestellt. — Es trifft zu, daß Rechtsanwalt Munte bei dem Prozeß der verhafteten deutschen Ingenieure als Berater des russischen Rechtsanwalts tätig sein wird. — In dem Lichtenfelder Landfriedensbruchprozeß haben die Angeklagten, soweit sie vom Schöffengericht Lichterfelde verurteilt worden sind, sowie die Nebenkläger mit Ausnahme von Hinkelmann Berufung eingelegt. Nachträglich hat auch die Staatsanwaltschaft das Ueberl durch Berufung angefochten.

Boguschütz, 23. April. Gestern fand hier eine geheime kommunistische Versammlung statt, die von der Polizei aufgelöst wurde. Es wurden 34 Verhaftungen vorgenommen.

Toulon, 23. April. Infolge Nachrutschens von Gesteinsmassen in einem Steinbruch bei Lagoubeau sind in der Nähe von Toulon vier Arbeiter ums Leben gekommen. 12000 Kubikmeter Gesteinsmassen waren ins Rutschen gekommen.

London, 23. April. Im englischen Unterhaus wurde behauptet, Lord Birkenheards Berliner Reise habe den Zweck verfolgt, die Stimmung in der Reichshauptstadt über ein englisch-französisch-deutsches Bündnis gegen Sowjetrußland zu erkunden.

Washington, 23. April. Das Staatsdepartement erhielt ein Telegramm des amerikanischen Konsuls in Tschifu, Weber, in dem die unmittelbare Entsendung eines amerikanischen Kriegsschiffes nach Tschifu dringend empfohlen wird. Zur Begründung weist das Telegramm darauf hin, daß die dortigen Behörden angesichts des unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs der Schantungarmee befürchteten, daß Tschifu von Banditen besetzt wird.

New-York, 23. April. Der britische Hetzfilm „Dawn", der die Erschießung der britischen Krankenpflegerin Cavell behandelt, ist von allen Kinotheatern der Vereinigten Staaten, die unter der Direktion Loews stehen, zurückgewiesen worden, da er nicht zu den Filmen zu zählen sei, die das Publikum zu sehen wünsche.

San Sebastian, 23. April. In der Nähe von Pasajes ist ein spanisches Hochseefischerboot an einem Felsen zerschellt und sofort gesunken. Von der zehnköpfigen Besatzung sind sieben Mann ertrunken. Vier Leichen konnten geborgen werden.

Pontevedra, 23. April. Auf dem Fischdampfer „Amancia" ereignete sich eine Kesselexplosion, durch die drei Personen getötet wurden. Die übrigen Mitglieder der Besatzung erlitten Verletzungen.

Der Reichssparkommissar über die württ. Verwaltungsreform.

Stuttgart, 23. April. Der Reichssparkommissar, Staatsminister Saemisch, dem seit 2 Monaten die Arbeiten der württ. Regierung zur Verwaltungsreform vorliegen, hat an den Staatspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Staatspräsident!

Für den sehr liebenswürdigen Empfang, den Sie und die anderen Herren Minister mir in Stuttgart bereitet haben, danke ich Ihnen nochmals verbindlichst. Die große Bereitwilligkeit zu tätiger Mitarbeit, die ich bei Ihnen und allen beteiligten Herren fand, ist mir von besonderem Wert. Die größte Bedeutung lege ich der planmäßigen Vorarbeit bei, die von der württembergischen Staatsregierung schon geleistet ist. Sie haben wichtige Probleme bereits wesentlich gefördert und namentlich durch wertvolle Entwürfe zur Reformgesetzgebung eine Grundlage für Einfachheit, Klarheit und Verständlichkeit des Rechtes und des Behördenaufbaues geschaffen. Ich stimme mit Ihnen überein, daß die großen, sehr schwierigen und zum Teil heiß umstrittenen Fragen nicht überstürzt gelöst werden dürfen, und freue mich, daß Sie trotz der bekannten Sparsamkeit der württ. Verwaltung und trotz der eigenen weit vorgeschrittenen Vorbereitungen sich meines Rats bedienen, um die in anderen Ländern gesammelten Erfahrungen auch für Württemberg zu benutzen und uns zugleich dem gemeinsamen Ziel eines planvollen Ineinandergreifens der Verwaltung im Reich und in den Ländern durch gegenseitige Verständigung bei der Reformarbeit näher zu bringen. In ausgezeichneter Hochachtung (ges.) Saemisch."

Die Gewerbesteuer im Finanzausschuß.

Stuttgart, 23. April. In der heutigen Sitzung wurde zunächst Art. 7 aus dem ersten Nachtrag zum Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes für 1928 beraten. Berichterstatter ist der Abg. Winker (Soz.). Bei Durchführung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer haben sich hinsichtlich der Gewerbesteuer da und dort unbefriedigende Veranlagungen ergeben. Zur Behebung derartiger Anstände soll für die grundsätzlich beizubehaltende Besteuerung nach dem Gewerbeertrag noch ein weiterer Mindestertrag nach dem im letzten Wirtschaftsjahr erzielten Umsatz eingeführt werden, wobei der größere der beiden Beträge maßgebend sein soll. Der Steuerertrag für den Umsatz wird, wie schon berichtet, gestaffelt. In zahlreichen Eingaben, die teilweise noch telegraphisch eingingen, wurden Wünsche für die Neuordnung der Gewerbesteuer vorgetragen. Finanzminister Dr. Dehlinger begründete die vorgeschlagene Aenderung, deren Notwendigkeit auch vom Industrie- und Landestag anerkannt werde. Grundsätzliche Aenderungen seien ausgeschlossen; man müsse außerordentlich vorsichtig sein. Die Besteuerung nach der Arbeiterzahl oder nach der Lohnsumme, worüber sich auch die Handelskammern nicht einig seien, könne nicht in Frage kommen; so bleibe als weiterer Veranlagungsmaßstab nur der den Finanzämtern ohnehin bekannte Umsatz. Die von der Handwerkskammer Reutlingen geforderte Ermäßigung des Gewerbesteuerkapitals zugunsten des Handwerks würde keinen gerechten Lastenausgleich bringen und für die Gemeinden katastrophal wirken, nachdem das Handwerk an Gesamtsteuern 115 Prozent des tatsächlich erzielten Einkommens abzugeben habe, während die Landwirtschaft mit 20 Prozent belastet sei. Daß die vorgeschlagene Aenderung dem Reichsgesetz zuwiderlaufe, wurde vom Minister bestritten. Die Redner der demokratischen Partei befürworteten die Vertagung der Steuerfrage, die besser vom neuen Landtag zu lösen sei und stellten einen Antrag auf Ermäßigung der Gewerbesteuer für die Handwerksbetriebe, für die das Schätzungsverfahren der Finanzämter eine große Härte bedeute. Ein Redner der Bürgerpartei stellte fest, daß die beantragte Ermäßigung der Gewerbesteuer für kleine und mittlere Betriebe einen Steuerausfall für den Staat von 2 Mill., für die Gemeinden von 8 Mill. bringen würde, so daß zur Balancierung der beiderseitigen Haushaltpläne eine entsprechende Mehrbelastung der Großbetriebe unbedingt notwendig wäre. Durch die Regierungsvorlage werde der erste Anfang zur Erreichung der steuerlichen Gerechtigkeit gemacht. Ein Zentrumsredner sprach sich ebenfalls für die Vorlage aus, die die gröbsten Härten beseitigen werde. Die beantragte Herabsetzung der Gewerbesteuer müßte zu einer Erhöhung der Gebäude- und Gebäudeentschuldungssteuer führen, so daß jene Handwerker, die zugleich Hausbesitzer sind, noch mehr Steuern zahlen müßten, während die in Miete befindlichen steuerlich bevorzugt wären. Die Jahre 1925 und 1926 seien für die Industrie Krisenjahre und zugleich Jahre der Rationalisierung gewesen, und demzufolge könne sich die Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnittsertrag noch nicht richtig auswirken. Auf dieser Bestimmung beruhe aber gerade der Fortschritt des Gewerbesteuergesetzes und man müsse daher weitere Erfahrungen abwarten. Ein Redner der Deutschen Volkspartei schloß sich dem Antrag auf Vertagung dieser Frage an. Die Abstimmung wird auf die morgige Sitzung zurückgestellt. Man erledigte dann vollends den Haushaltsplan und genehmigte 3 Millionen zum Bahnhofumbau in Friedrichshafen, 320 000 Mark zur Fertigstellung der Nebenbahn Leinfelden—Waldenbuch, 500 000 Mark Zuweisung an den Hagelversicherungsfond. Um der württ. Landwirtschaft die Teilnahme an der Umschuldungshilfe des Reiches zu ermöglichen, muß das Land die Haftung für etwa 2 Drittel der auf 200 Millionen geschätzten Kosten übernehmen. Ohne besondere Abstimmung wurde ein Antrag des Berichterstatters Pflüger angenommen, vorbehältlich einer Regelung durch besonderes Gesetz das Staatsministerium zu ermächtigen, das Land Württemberg in vorläufiger Weise an der vom Reich zu schaffenden Organisation zur Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden zu beteiligen. Ueber das Staatshaushaltsgesetz für 1928 berichtete der Vorsitzende Abg. Bock. Abstimmung in der morgigen Sitzung.

Schlägerei in einer Wahlversammlung.

Langenbreer, 23. April. In einer gestern hier abgehaltenen sozialdemokratischen Wahlversammlung kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf eine Anzahl Personen verletzt wurde. Unter den Verletzten befinden sich 13 Nationalsozialisten, die aus Bochum nach Langenbreer gekommen waren. 6 von ihnen haben schwere Verletzungen davongetragen. Außerdem wurde ein Versammlungsteilnehmer durch ein Bierseidel am Kopf verletzt.

Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat beantragt eine Kohlenpreiserhöhung.

Essen, 23. April. Nachdem der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden ist, hat das Rheinisch-westfälische Kohlensyndikat eine Kohlenpreiserhöhung zum 1. Mai beantragt. Die Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrates findet am 2. Mai statt. Inzwischen wird das Syndikat über das zu beantragende Ausmaß der Preiserhöhung und über die sonstigen Maßnahmen beraten, die durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs notwendig werden.

Die angekündigte Kohlenpreiserhöhung.

Zu dem Antrag des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats, zum 1. Mai eine Kohlenpreiserhöhung vorzunehmen, erklärt die „Germania": Soweit sich schon jetzt etwas bestimmtes sagen läßt, wird die Preiserhöhung 80—85 Pfennig betragen. Der bisherige Grundkohlenpreis war etwa 14,60 Mark. Es dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß das Reichswirtschaftsministerium auch diesmal von seinem Veto recht Gebrauch macht. Mit der einfachen Preiserhöhung dürfte jedoch die Situation nicht geklärt sein. Die Stillegungsbewegung wird zunächst bei den Magerkohlenzechen ihren Fortgang nehmen. Man spricht von 50—60 000 Bergarbeitern, die in der nächsten Zeit von der Stillegungsaktion betroffen werden. In der „Täglichen Rundschau" heißt es: Da 40 Prozent des Ruhrkohlenabsatzes in das sogenannte umstrittene Gebiet gehen, wo eine Kohlenpreiserhöhung schlechterdings nicht angewandt werden kann, wird auch eine Kohlenpreiserhöhung nicht ausreichen, um die Belastung durch den Schiedsspruch wettzumachen. Das Ruhrkohlensyndikat wird infolgedessen diejenigen Lieferungen nach den umstrittenen Gebieten, die nicht auf langfristige Verträge erfolgen, einstellen. Die entsprechende Einschränkung der Produktion kann zunächst nur durch Feierschichten erzielt werden. Man rechnet vor der Hand mit voraussichtlich 2 Feierschichten im Monat. Da es aber unwirtschaftlich ist, auf die Dauer mit Feierschichten zu arbeiten, wird zweifellos bald an die Stelle der Feierschichten eine Belegschaftsverminderung treten. Man rechnet damit, daß die Arbeiterschaft in absehbarer Zeit um 50—60 000 Mann vermindert werden muß.

Kommunistischer Antrag auf Aufhebung des Rotfront-Verbots.

Berlin, 23. April. Die kommunistischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses des Reichstags haben bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für die morgige Sitzung des Ueberwachungsausschusses folgenden Antrag eingebracht: Der Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, das Ersuchen des Reichsinnenministeriums an die Länderregierungen zwecks Verbots des Roten Frontkämpferbundes mit sofortiger Wirkung wieder aufzuheben.

Hackenberg verläßt die Deutschnationalen.

Der bisherige deutschnationale Landtagsabgeordnete Rektor Hackenberg aus Berlin, der Katholik ist, hat, wie die „Germania" zuverlässig erfährt, die ihm für die bevorstehende Wahl auf dem deutschnationalen Wahlvorschlage des Wahlkreises Berlin angebotene Kandidatur, sowie die Kandidatur auf der Deutschnationalen Landesliste abgelehnt. Er hat außerdem den Vorsitz im deutschnationalen Katholikenausschuß Großberlins niedergelegt und ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Die Berliner Presse zu den französischen Wahlen.

Berlin, 23. April. Wenn auch einige Blätter in Schlagzeilen von einem Siege Poincarés sprechen, so ist doch im allgemeinen die Berliner Presse sehr vorsichtig und zurückhaltend in der Beurteilung des gestrigen ersten französischen Wahltags und weist darauf hin, daß die wirkliche Entscheidung erst am nächsten Sonntag fallen wird. Der Ausgang der ersten Wahlen wird lediglich als Prognose für die entscheidenden Stichwahlen am nächsten Sonntag gewertet. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: Wenn man von den Resultaten des 22. April ausgehen in der Erwartung, daß die Stichwahlen entsprechend ausfallen, wird man mit Ueberraschung feststellen können, daß eine außerordentliche Stimmenverschiebung von links nach rechts die zukünftige Kammer charakterisieren würde. Als besonders bedeutungsvoll bezeichnet das Blatt die großen Erfolge der Gruppe Marin, die in der alten Kammer 36 Stimmen zählte und bereits im ersten Wahlgang 72 Stimmen auf sich vereinigen konnte, da diese siegreiche Gruppe als eine ausgesprochene Gegnerin der Briandschen Politik der Annäherung an Deutschland bezeichnet werden müsse. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die gleichfalls von einem ausgesprochenen Ruck nach rechts spricht, erklärt: Wir haben den Eindruck, daß die auswärtige Politik an sich in dem französischen Wahlkampf keine Rolle gespielt hat. Die „Tägliche Rundschau" wirft zur Erklärung der gestrigen Wahlergebnisse einen Rückblick auf die politische Entwicklung in Frankreich nach den Wahlen von 1924. Das Linkskartell unter Führung Herriots und die nachfolgenden Kabinette, in denen Briand eine Hauptrolle spielte, hätten den Sturz des Franc nicht aufzuhalten vermocht. Da sei es Poincaré gewesen, der die Lage durch die Schaffung einer neuen Gruppierung gerettet habe, wobei er die Klugheit besessen habe, die namhaftesten Politiker aller Parteien außer den Sozialisten und den Kommunisten, also von der Gruppe Marin bis zu Herriot, Painlevé und Briand, in seine Regierung aufzunehmen. Diese Regierung der nationalen Union sei gestern in den Wahlkampf gegangen. Die „Germania" beschäftigt sich mit dem Wahlergebnis im Elsaß und sagt: Die bisherigen Wahlresultate im Elsaß stellen sich als deutlicher Erfolg der Heimatbewegung dar. Die Laisierungspolitik Herriots hat die Heimatbewegung in den Kreisen des elsässischen Zentrums erstarken lassen und der Versuch, diese Bewegung für die Zeit der Kammerwahlen durch das Verbot aller führenden Zeitungen und die Verhaftung der leitenden Männer politisch auszuschalten, scheint das Gegenteil bewirkt zu haben. In der „Vossischen Zeitung" heißt es: Die überraschend hohe Zahl von Mandaten, die die Rechtsparteien bereits im ersten Wahlgang zu erringen vermocht haben, läßt keinen Zweifel, daß die Poincarésche Parole der nationalen Einheit entgegen allen Erwartungen und im Widerspruch mit dem von dem französischen Ministerpräsidenten selbst verfolgten Ziel in erster Linie der Reaktion zugute gekommen ist. Der „Vorwärts" betont: Unzweifelhaft hat der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Regierungsblock einen starken Erfolg erzielt. Die Parole Poincarés: „Schützt den Franc" und „Schaffung einer stabilen Regierungsmehrheit" hat gezogen.

Der Wahlerfolg der Autonomisten.

Straßburg, 23. April. Der Erfolg, den die autonomistischen Kandidaten im Elsaß bei den französischen Kammerwahlen zu verzeichnen haben, überrascht allgemein. Fast sämtliche Autonomistenführer, die gegenwärtig wegen ihrer agitatorischen Tätigkeit im Gefängnis sitzen, haben große Stimmenmehrheit erhalten und somit die beste Aussicht, in der Stichwahl ihre Gegenkandidaten zu schlagen. In Colmar hat der inhaftierte Autonomist Rosse am meisten Stimmen erhalten und im Kreise Altkirch steht der kürzlich verhaftete und ins Gefängnis eingelieferte Dr. Ricklin in großem Vorsprung vor seinem Gegenkandidaten. Auch der Autonomist Hauß sitzt noch im Gefängnis.

Aufruhr der politischen Gefangenen im Kattowitzer Gefängnis.

Kattowitz, 23. März. Gestern früh kam es im hiesigen Gerichtsgefängnis zu stürmischen Auftritten der politischen Gefangenen, insbesondere der kommunistischen Häftlinge. Angeblich soll ungenügende und schlechte Verpflegung die Ursache sein. Die Gefangenen sangen u. a. kommunistische Lieder und verbarrikadierten sich in den Zellen. Vor dem Gerichtsgefängnis sammelte sich eine große Menschenmenge an, die durch die mit Karabinern bewaffnete Polizei in Schach gehalten werden mußte. Der Polizeidirektor Gebhard, sowie mehrere Staatsanwälte versuchten, mit den Gefangenen Verhandlungen anzuknüpfen, was jedoch ergebnislos verlief, so daß die einzelnen Zellen durch Polizeibeamte mit Gewalt aufgebrochen werden mußten.

Schweres Erdbeben in Korinth.

Wie man aus Athen meldet, ist am Sonntag durch ein Erdbeben Korinth fast dem Erdboden gleich gemacht worden. Die Zahl der Verwundeten ist nicht festzustellen. Die Stadt bildet ein Ruinenfeld, fast sämtliche großen Gebäude sind eingestürzt. Die Einwohner stürzten auf die Straße und durch ihre Schreie hörte man das Getöse der einstürzenden Gebäude. Auch der Schaden in Lutraki und Isthmia ist sehr groß. In Kokonon sind 25 Häuser eingestürzt. Das Gefängnis von Korinth ist ebenfalls zerstört. Die Gefangenen flohen, soweit sie nicht verunglückt sind. Auch viele Soldaten einer einstürzenden Kaserne wurden Opfer des Bebens. Nach späteren Athener Meldungen beträgt die Zahl der Erdbebenopfer in Korinth 7 Tote und 6 Verletzte, doch werden noch weitere Opfer unter den Trümmern vermutet. Das Erdbeben hat einen Erdriß von etwa 80 Meter Länge hinterlassen. Der griechische Finanzminister hat bereits einen Kredit von 5 Millionen Drachmen für das Hilfswerk zur Verfügung gestellt. Es ist sicher, daß der Kanal von Korinth intakt blieb, obwohl die Kanal-Schiffahrt aus Vorsichtsgründen vorläufig unterbunden ist.

Philippopel verwüstet.

Das neue gestrige Erdbeben in Philippopel war, obgleich es nur kurze Zeit dauerte, furchtbar in seinen Folgen. Die wenigen noch erhaltenen Häuser stürzten bis auf die Grundmauer ein, wobei nach den bisherigen Feststellungen 8 Personen getötet und viele verwundet wurden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Todesopfer ist darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung noch immer im Freien kampiert. Die meisten Minister befinden sich im Erdbebengebiet. Die Hilfe, die das südslawische Rote Kreuz dem bulgarischen Volke zuteil werden läßt, wurde mit Freude und Genugtuung aufgenommen.

Das Hilfsflugzeug in Greenly Island.

Newyork, 23. April. Das dreimotorige Fordflugzeug mit den Ersatzteilen für die „Bremen" startete heute früh 5.10 Uhr in Seven Island nach Greenly Island. Wie Canadio-Wire aus Greenly Island meldet, ist das Dreimotoren-Fordflugzeug, das die Reserveteile und Brennstoffvorräte für die „Bremen" an Bord hat, heute um 11.40 Uhr Newyorker Normalzeit hier eingetroffen. Das Fordflugzeug, das unter Balchens Führung, Schiller und Fitzmaurice nach Greenly Island mit Ersatzteilen und Betriebsstoff zurückbringt, ist glatt gelandet. Das Fordflugzeug wurde von den deutschen Ozeanfliegern mit großer Begeisterung begrüßt. Die für die „Bremen" von Fitzmaurice mitgebrachten Ersatzteile wurden sofort aus dem Flugzeug genommen. Man ist eifrig dabei, die „Bremen" startbereit zu machen.

Oberbürgermeister Walker von Newyork beabsichtigt, den Ozeanfliegern bei ihrem Empfang in der Stadthalle die Ehrenbürgerurkunde und die Tapferkeitsmedaille zu überreichen. Der Ozeanflieger Chamberlain ist in Neuengland gestartet, um, wenn es die Wetterverhältnisse zulassen, nach Greenly Island zu fliegen. — Für Hauptmann Köhl und v. Hünefeld sind auf dem Lloyd-Dampfer „Columbus" Kabinen reserviert, doch wird bezweifelt, daß die Kabinen benutzt werden. Die bisherigen Pläne sehen nach dem Newyorker und Washingtoner Empfang Besuche in Boston, Philadelphia, Chikago, Milwaukee, St. Louis, Montreal und Ottawa vor. Auch ist die Frage, ob die kühnen „Bremen"-Flieger nicht den Atlantik-Rückflug unternehmen, noch nicht geklärt.

Häutesalzerei.

Die **Freie Metzger-Innung Neuenbürg** betreibt im Gebäude Nr. 78 des Karl Silbereisen, Metzgermeisters von hier, am Ortsweg Nr. 24 die Einsalzung von ungegerbten Tierfellen und leitet die dabei entstehenden Abwasser nach vorheriger Klärung in die Enz ein. Sie hat um Erteilung der hiezu erforderlichen Genehmigung nachgesucht.

Etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch sind bei Verlust des Einspruchrechts binnen 14 Tagen beim Oberamt anzubringen, wo auch Pläne und Beschreibungen zur Einsicht aufliegen.

Neuenbürg, den 21. April 1928.

Oberamt: Lempp.

Schlächtereianlage.

Gottlieb Stengele, Metzger, von hier betreibt in einem Teil des neuerstellten Anbaus an Gebäude Nr. 157 eine Schlächterei und leitet die geklärten Abwasser in die Enz ein. Hiezu hat er nachträglich um Genehmigung nachgesucht.

Etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch sind bei Verlust des Einspruchrechts binnen 14 Tagen beim Oberamt anzubringen, wo auch Pläne und Beschreibungen zur Einsicht aufliegen.

Neuenbürg, den 21. April 1928.

Oberamt: Lempp.

Schlächtereianlage.

Rudolf Vogt, Metzger, von hier betreibt in seiner bisherigen Wurstküche in Gebäude Nr. 69 zugleich eine Schlächterei und leitet die geklärten Abwasser in die Enz ein. Hiezu hat er nachträglich um Genehmigung nachgesucht.

Etwaige Einwendungen gegen dieses Gesuch sind bei Verlust des Einspruchrechts binnen 14 Tagen beim Oberamt anzubringen, wo auch Pläne und Beschreibungen zur Einsicht aufliegen.

Neuenbürg, den 21. April 1928.

Oberamt: Lempp.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung

betr. Fleisch-Verkehr

wird hingewiesen.

Stadtschultheißenamt.

Gemeinde Birkenfeld.

Nächsten **Mittwoch den 25. April 1928**, vormittags 1/2 12 Uhr, kommt der heurige

Gras-Ertrag

von den Allmandplätzen, Straßengräben usw. auf dem Rathaus gegen Barzahlung zur Versteigerung.

Birkenfeld, den 23. April 1928.

Gemeindepflege: Bolay.

Birkenfeld.

Morgen Mittwoch abend 8 Uhr findet in der **„Schönen Aussicht"** ein

Vortrag

über elektrisches Kochen

verbunden mit praktischer Vorführung statt, wozu die Einwohnerschaft eingeladen wird. Da die Veranstaltung im Interesse der Stromabnehmer erfolgt, ist zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht.

Station Teinach, 24. April 1928.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station.

Wer seine Blumen liebt,

gibt ihnen nicht nur Wasser, sondern weiß, daß sie auch kräftiger Nahrung bedürfen. Geben Sie deshalb alle 14 Tage eine Messerspitze „Hairol" in das Gießwasser, dann erzielen Sie **wundervolle Topfpflanzen.** Dose 50 Pfg. erhältlich in Drogerien, Apotheken, Blumen- und Samenhandlungen.

Neuenbürg.

Verwechselt

wurde nach dem Vortrag im „Bären" ein **Schirm.**

Umzutauschen im **„Bären".**

Calmbach.

Zugelaufen

ein Hund (Dobermann, Rüde) zu erfragen

Polizeiwache.

Nicht Soda verlangen, sondern immer

Henko

Niemals lose, nur in der bekannten Packung mit dem Henkel-Löwen.

Henko ist um ein Mehrfaches ergiebiger und deshalb billiger! Seit 50 Jahren wird Henko Weichsoda in gleichbleibender Güte hergestellt.

Für den großen

Frühjahrs-Hausputz

empfehle

sämtliche Bürsten-Waren

für Haus und Küche in bekannt guten Qualitäten zu allerbilligsten Preisen.

Spezialität Bohnerbürsten

eigenes Fabrikat

eigenes Fabrikat

in allen Größen und Preislagen.

Reparaturen prompt und billig.

Bürsten-Fabrik Joh. Königer, Pforzheim,

Enzstraße 19, beim Palast-Kaffee. — Telefon 1436.

Birkenfeld.

Warnung!

Warne hiedurch jedermann meinem Sohne Karl ohne Geld etwas zu geben, da ich für nichts aufkomme.

Karl Scheerer.

Birkenfeld.

Wegen Heimberufung meines seitherigen Mädchens suche ich ein sauberes, pünktliches

Mädchen,

welches sich auch zum Servieren eignet.

Frau **Sophie Fix** zum „Löwen".

Schwann.

Habe eine gut erhaltene

Futterschneidmaschine

billig zu verkaufen.

Otto Gauß, Bäcker.

Neuenbürg, den 24. April 1928.

Todes-Anzeige.

Nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden durfte gestern abend 7 Uhr mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Fritz Höhn

im Alter von 29 Jahren zur ewigen Ruhe eingehen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Anna Höhn, geb. Gaggenheimer.
Familie Fritz Höhn.

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 1/2 4 Uhr.

Fleißiges, ehrliches

Mädchen

für Geschäftshaus gesucht.

Angeb. unter Nr. 222 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Pfannkuch

Zur **Küken-Aufzucht**

Nach langjährigen Erfahrungen unserer Geflügelzucht Rheinhafen Rüppur zusammengestellt:

Misch-Futter
Trockenweichfutter
5 Pfund-Paket 1.30 Mk.

Körner-Misch-Futter
5 Pfund-Paket 1.20 Mk.

Dorschmehl
Fischmehl
5 Pfund 1.80 Mk.

Hirse
geschält Pfund 28 Pfg.
ungeschält Pfund 20 Pfg.

Bruchreis
Pfund 23 Pfg.

5 Proz. Rabatt!
Unsere Rabattmarken helfen Ihnen sparen!

Pfannkuch

Neuenbürg.

Ein größeres

Zimmer mit Küche

oder Küchenanteil

sucht einzelstehende Frau.

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.

Ein starkes

Läufer-schwein

ist zu verkaufen.

Eugen Gorgus, Götestr. Nr. 35.

Langenbrand.

Zugelaufen

junger **Deutscher Schäferhund.** Abzuholen innerhalb 8 Tagen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei

Fritz Kußmaul.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw